



Regierung plant massive Angriffe auf
Lebensbedingungen - Protest nötig!

HERBST DES SOZIALABBAUS

12 Wehrpflicht
kommt!

Was ist geplant? Was denkt
die Jugend dazu?

16 Ein Kampf
ohne Forderung

Tarifrunde Stahl offenbart
Situation in der Branche

18 Kunst und
Klassenkampf

Interview zur Ausstellung
„Wir sehen rot“ in Berlin

Weitere Themen: Gibt es einen Generationenkonflikt bei der Rente? - Die neue Agenda 2010 - Drohnen über Europa - NATO-Manöver in Hamburg - 21-Punkte-Plan der USA für Gaza - Großer Protest gegen Völkermord in Berlin - Betriebsratgründung in Wuppertal

In dieser Ausgabe



3 Wer muss hier sparen?
Der Herbst der Reformen wurde eingeleitet.



5 Gibt es einen
Generatio-
nenkonflikt?
Die Diskussion um die Rente
nimmt Fahrt auf

6
Agenda
2010 und
Agenda
2030



8 Drohnen über Europa
Was wir wissen - und was nicht!

Imperialisten planen
Übernahme Gazas **9**

Zwischen dem 23. und 29.9. fand die
Generaldebatte der UNO in New York statt



10
100.000
geben
Hoffnung für
Gaza

Größte Demo
für Palästina
in Berlin.

12 Wehrpflichtgesetz
Was sagt die Jugend?



14
Eine Stadt
übt den
Krieg

Red Storm
Bravo in
Hamburg

16 Tarifrunde Stahl
Ein Kampf ohne Forderung
Kunst und Klassenkampf

Interview mit Le.Mob vom Roten Atelier

18

Impressum

Herausgeber
Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Vi.S.d.P.: D. Möller
Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitsukunft.de
webmaster@arbeit-zukunft.de
Tel.: 0 71 59 / 4 20 01 74

Bankverbindung:
Verlag AZ, Postbank Stuttgart
IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03
BIC: PBNKDE33

Schickt uns eure Berichte!

Wir veröffentlichen auch Leserbriefe und Berichte
aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist
der 26. Oktober.



Wer muss hier sparen?

Quelle: Arthur Yeti auf Unsplash

Der „Herbst der Reformen“ wurde eingeleitet und jedes Statement von Politikern und Wirtschaftsvertretern hat denselben Unterton: Wir müssen sparen.

Mit diesem Totschlagargument wird jede Kürzung und jeder Angriff von oben gerechtfertigt. Bei näherem Hinschauen wird jedoch deutlich, dass der Sparzwang keineswegs für alle gilt, sondern vielmehr ein Mittel ist, die Arbeiterklasse für die Projekte des Kapitals zahlen zu lassen.

Steigen die Sozialausgaben?

Zunächst scheint es klar: Der Haushalt unterliegt der Schuldenbremse. Wenn also mehr Ausgaben anfallen, während die Einnahmen nicht entsprechend mitwachsen, dann muss gespart werden. Nun scheint es in der aktuellen Debatte gerne, als ob die Sozialausgaben wachsen würden. „Wir können uns das System nicht mehr leisten“, sagte Kanzler Merz kürzlich bei einer Rede in NRW. In absoluten Zahlen sieht das erstmal richtig aus: So titelte tagesschau im August, dass die Ausgaben für Sozialhilfe kräftig ansteigen würden, und setzte dies in Zusammenhang mit den Forderungen nach Einsparungen: „Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich eine Reform der Sozialsysteme vorgenommen, um die steigenden Kosten zu senken.“

In absoluten Zahlen stimmt es, dass die Sozialausgaben wachsen. Die relevante Zahl ist jedoch keineswegs die absolute Zahl der Ausgaben, sondern die Höhe im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Schließlich ist es klar, dass Staatseinnahmen- und ausgaben wachsen, wenn Preise und Einkommen steigen. Bei den relativen Zahlen sieht es vollkommen anders aus: Eine Auskunft der Bundesregierung zeigte kürzlich, dass die Sozialausgaben gemessen an der Wirtschaftskraft seit 2015 gar nicht gewachsen sind: „Demnach brachte der Bund im Jahr 2024 einen Anteil von 5,53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für soziale Sicherung auf – im Vergleich zu 5,64 Prozent im Jahr 2015. Auch im Jahr 2000 waren es 5,63 Prozent. Nur in Krisenjahren dazwischen gab es einige Ausreißer nach oben“ (Quelle: Sozialverband VdK). Genau so sieht es bei der gesamten Staatsquote aus, also dem Geld, was auch von Ländern und Kommunen insgesamt für Sozialausgaben aufgebracht wird. Trotzdem sind es jetzt genau diese Ausgaben, an die der Rotstift gesetzt wird. Und je genauer man hinschaut, desto absurder wird die Debatte.

Wieviel macht das Bürgergeld aus?

Die Kürzung des Bürgergeldes dominierte die Öffentlichkeit zuletzt – 5 Milliarden will die Union hier einsparen. Wie bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, soll nun das Bürgergeld zu einer „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ umgebaut werden, mit geplanten Verschärfungen, stärkeren Sanktionen und weniger Leistungen. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) kündigte beim Bürgergeld in Zeiten von steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten bereits eine Nullrunde ohne steigende Regelbedarfe an. Dass dieses Thema so im Vordergrund steht dürfte aber nichts mit der tatsächlichen Relevanz zu tun haben: 2023 kostete das Bür-

gergeld 54 Milliarden Euro, 1,3 % des BIP und damit 0,5 % weniger als 2010. Auch der Schwerpunkt der Diskussion um sogenannte Totalverweigerer zeigt die Unverhältnismäßigkeit: In Deutschland erhalten etwas 5,5 Millionen Menschen, also etwas über 8 %, Bürgergeld. Nur etwa 1,7 Millionen Empfänger sind tatsächlich arbeitslos, zwei Drittel von diesen Menschen haben keinen Berufsabschluss. 2 Millionen sind nicht erwerbsfähig, worin auch die 800.000 Aufstocker enthalten sind, deren Lohn nicht reicht. Weitere 1,6 Millionen Menschen sind nicht erwerbsfähig, die meisten davon sind Kinder. Die Quote der Totalverweigerer liegt damit bei ca. 0,4% - 16.000 Personen. Doch natürlich sind es genau diese, um die in der Debatte ein großes Thema gemacht wird. Daher kommt auch das große Interesse an der Erhöhung des Drucks auf Bürgergeldbezieher, wo die Prüfquote 44

Die Quote der
Totalverweigerer
liegt damit bei

0,4%
also 16.000
Personen.

%, die Betrugsquote jedoch nur 2 % beträgt. Damit werden 60 Millionen Euro eingespart. Das hört sich viel an, fällt aber bei einem Bundeshaushalt 2025 von rund 500 Milliarden Euro kaum ins Gewicht. Bei Millionären hingegen beträgt die Prüfquote nur 6 %, aber die Betrugsquote 75 %. Der Schaden beträgt selbst bei dieser geringen Prüfquote enorme 100 Milliarden Euro. Alle Zahlen zeigen:

Der Staat müsste einfach einen Teil der Kontrolleure beim Bürgergeld abziehen und für Steuerbetrüger einsetzen und könnte hunderte Milliarden der ihm nach Gesetz zustehenden Steuern eintreiben. Aber es wird für das Gegenteil getrommelt. Bürgergeldempfänger sollen noch schärfer kontrolliert und schikaniert werden, während für das Kapital unter dem Schlagwort „Entbürokratisierung“ noch weniger Kontrollen erfolgen sollen.

Zwei Seiten einer Medaille

Schaut man sich einmal an, woher die Rufe nach der Sparpolitik kommen, wird deutlicher, worum es eigentlich geht: Es sind in erster Linie die Arbeitgeber, die nach geringeren Sozialausgaben rufen. Hier wird auch deutlich, dass die aktuellen Kürzungen und die Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und Löhne zwei Seiten einer Medaille sind. So ist es dieselbe Wirtschaftsweise, Veronika Grimm, die einerseits fordert, die Leistungen zu kürzen: „Wir müssen ehrlicher sein, wenn es darum geht, welche Leistungen wir in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung tatsächlich bezahlen können und welche nicht.“ Wir, das sind in diesem Fall die Arbeitgeber, um die es ihr in erster Linie geht, für die der Arbeitgeberanteil der Sozialabgaben und damit die Lohnkosten nicht steigen sollen. Noch deutlicher erklärt es der Verband der Chemie-Arbeitgeber: „Bei kurzfristig fixen Bruttolöhnen und steigenden Beitragssätzen muss der höhere Arbeitgeberanteil zusätzlich erwirtschaftet werden. Die Folge sind höhere Lohnstückkosten, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit schwächen.“

So wie die Sozialausgaben für Renten-, Pflege- oder Krankenversicherung bzw. die Abgaben für die Arbeitgeber sinken sollen, so werden von der anderen Seite die Löhne gedrückt und die Arbeitsbedingungen angegriffen: Der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Clemens Fuest, schlug beispielsweise die Streichung eines Feiertages vor. Auch in den kommenden Lohnrunden in entscheidenden Branchen wie Metall- und Elektro und Chemie müssen sich die Beschäftigten auf harte Angriffe gefasst machen. Ob nun also die Arbeitgeber für geringere Abgaben trommeln oder di-

rekt die Löhne drücken – beides geht letztendlich von dem von den Beschäftigten erarbeiteten Geld ab. Es dürfte niemanden wundern, dass die Vertreter dieser Klasse auch diejenigen sind, die die einfachste und auf der Hand liegende Lösung für die knappe Staatskasse strikt ablehnen: Die Vermögenssteuer. So formulierte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger: „Dass Teile der Politik überhaupt im dritten Jahr der Rezession über Steuererhöhungen sprechen, ist ein Armutszeugnis“. Wenig wird darüber gesprochen, dass allein die 1996 ausgesetzte Vermögenssteuer dem Land seither über 380 Milliarden Euro gekostet hat – das entspricht 80 % des Bundeshaushaltes 2024 (Oxfam Deutschland).

Sparen wofür?

Der gesamte Sparzwang hat jedoch nicht nur den Zweck, die Abgaben für das Kapital zu mindern. Es geht auch darum, die Ausgaben für andere Bereiche zu ermöglichen, ohne den Haushalt zu stark zu belasten. Da wäre einerseits die Rüstung, für die in Zukunft 5 % des BIP investiert werden soll. „Die Aufrüstung ist nötig zur Verteidigung“ und „wir müssen sparen“ gehen Hand

in Hand und werden durch ständige Beschallung von Politik und Medien fast zu Volkswahrheiten. Und so wurde einerseits die Schuldenbremse für Rüstung aufgehoben und andererseits mehrere Sondervermögen aufgesetzt, für die diese Schuldenbremse sowieso nicht gilt.

Insgesamt gibt es zahlreiche Ausgaben, die die Schuldenbremse umgehen – die sogenannten Sondervermögen, von denen insgesamt 29 Stück laufen, darunter das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr, das Sondervermögen aus der Pandemie sowie das neue 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, das auch in erster Linie der Aufrüstung dient. Diese Sondervermögen dienen auch dazu, Unternehmen unter die Arme zu greifen und sie zu subventionieren. Der Sparzwang ist also nur unter der Voraussetzung so ein großes Problem, dass einerseits massiv aufgerüstet wird und andererseits Reiche und Konzerne entlastet und unterstützt werden – es sind nicht die Sozialausgaben, die steigen. Ein weiteres Problem: Die Schulden, die für diese Sondervermögen aufgenommen wurden, werden aus dem regulären Haushalt bezahlt und nach einigen Jahren fällig. Und die Zinslast, die heute schon bei ca. 40 Milliarden aus dem Bundeshaushalt liegt, wird laut dem Bund Deutscher Steuerzahler 2029 bereits 60 Milliarden betragen. Was das für die kommenden Generationen heißt, ist klar: Sparen!

Ob nun also die Arbeitgeber für geringere Abgaben trommeln oder direkt die Löhne drücken – beides geht letztendlich von dem von den Beschäftigten erarbeiteten Geld ab.

Dazu ist es aktuell notwendig, vor allem unter den Arbeitern und Angestellten, in den Gewerkschaften und überall in der Gesellschaft gegen den „Herbst der Reformen“ und die asozialen Sparmaßnahmen zu mobilisieren. Die Menschen müssen sich wehren und in diesem Kampf ihre Gegner und deren Verlogenheit und Demagogie durchschauen lernen. In diesem Kampf können sie sich stärken, Klarheit gewinnen, ihre Interessen verteidigen und weiter in Richtung einer neuen, solidarischen Gesellschaft voranschreiten – dem Sozialismus.



Gibt es einen Generationenkonflikt?

Immer wieder wird ein Generationenkonflikt bei der Rente heraufbeschworen. Mal leben die Rentner angeblich zu lange, erhalten zu viel Rente und die Jungen müssen diese Last tragen. Immer mehr Rentner müssen von immer weniger jungen Menschen finanziert werden. Oder umgekehrt: Die jungen Menschen arbeiten immer weniger, zahlen zu wenig in die Sozialkassen ein, pflegen nur ihren Lifestyle. Soweit die Propaganda, die die Menschen gegeneinanderhetzt und spaltet. Doch wie sieht die Realität aus?

Was aktuell ansteht

Der Streit um die Rente ist nicht neu: Er war einer der Faktoren im Scheitern der Ampel-Regierung und brachte in Frankreich 2023 hunderttausende auf die Straßen, als das Eintrittsalter von 62 auf 64 angehoben wurde (in Deutschland liegt es für die Jahrgänge ab 1964 wohlgermerkt bei 67). Die neue Regierung hat die Diskussion wieder aufgenommen und das Rentenpaket 2025 auf den Weg gebracht. Bis 2031 soll das Rentenniveau bei 48 % stabil bleiben – klingt erstmal gut. Aber die Maßnahmen, die schon jetzt auf den Weg gebracht werden, zeigen, wohin es in Zukunft gehen wird: Teil des Pakets sind Maßnahmen, die Rentnern erleichtern sollen, weiterzuarbeiten. Ab nächstem Jahr soll dann auch die Aktiv-Rente Realität werden, mit der Rentner bis zu 2.000 € steuerfrei weiterarbeiten können. Und der diskutierte Boomer-Soli, bei dem 10 % der Alterseinkünfte ab 1.000€ abgezogen werden sollen, um damit Rentnern mit geringeren Einkünften auszuhelfen. Umverteilung unter den Rentnern quasi – um die heute von arbeitenden Menschen eingezahlten Beiträge zu entlasten. Weitere diskutierte Maßnah-

men waren dieses Jahr die Aufnahme von Beamten in die Rente anstelle der besser ausfallenden Pension. Und die Wirtschaftsinstitute fordern bereits noch härtere Einschnitte: Eine Anhebung des Rentenalters und ein Stopp der regelmäßigen Anpassung des Rentenniveaus, wenn das Verhältnis zwischen Einzahlern und Rentnern noch unausgeglichener wird – das fordert Ifo-Chef Clemens Fuest in Einklang mit den Wirtschaftsweisen. Wirtschaftsministerin Reiche fordert die Rente mit 70. Es zeigt sich also: Es wird rumgeschachert, Geld und Abgaben werden hin- und hergeschoben und im Zweifel werden diejenigen bezahlen, die entweder ihr Leben lang gearbeitet haben oder es noch tun werden. Doch wie ist es überhaupt zu dieser Mangelsituation gekommen?

Ein kleiner Blick in die Geschichte

Dazu schauen wir auf die Geschichte der Rentenversicherung. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat mit Beginn der Industrialisierung hart für eine soziale Absicherung bei Krankheit und im Alter gekämpft. Das wurde mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden. Die Arbeitskraft sollte nicht mehr länger Ware und Objekt der Ausbeutung sein, sondern den Arbeiterinnen und Arbeitern dienen. Um dem Kampf der Arbeiterklasse etwas entgegenzusetzen, führte die kaiserliche Regierung unter Kanzler Bismarck 1889/91 eine Invaliden- und Altersrente ein. Sie wurde zu je einem Drittel von den Versicherten, den Kapitalisten und dem Staat bezahlt. Sie war sehr niedrig und völlig unzureichend, aber ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung. Doch mit dem Ersten Weltkrieg und der nachfolgenden Inflation während

der Weimarer Republik wurde sie in den Ruin getrieben. Die Arbeiterklasse musste in vielerlei Hinsicht für den Krieg zahlen. Auch ihre Renten wurden extrem gekürzt. Das Kapital hat ihre Beiträge zur Finanzierung seines Krieges und seiner Krise regelrecht enteignet und geraubt.

Das wiederholte sich im Zweiten Weltkrieg. Das NS-Regime nutzte die Beiträge zur Rentenversicherung für die Finanzierung der Rüstung. So wurde die Arbeiterklasse erneut beraubt. Nach der Befreiung vom Faschismus waren die Rentenkassen leer. Die Rüstungskonzerne, die durch die Rentengelder hohe Profite machen konnten, wurden selbstverständlich nicht für eine Entschädigung herangezogen, sondern geschützt. Nicht nur als Kanonenfutter, sondern auch mit der Ruinierung ihrer Rentenkasse musste die Arbeiterklasse die Lasten des Krieges tragen.

Woher kommt das aktuelle Problem?

Seither werden nur noch minimale Rücklagen gebildet, sondern die Renten unmittelbar aus den eingehenden Beiträgen bezahlt. Die Rentenversicherung muss nur noch Rücklagen zwischen 0,2 und 1,5 Monatsausgaben haben. Es geht also von der Hand in den Mund. Reserven gibt es kaum. So kann jede Krise oder Veränderungen in der Alterspyramide unmittelbar zu einer Krise der Rentenversicherung führen. Dieses System der umlagefinanzierten Rente ist überhaupt der Grund dafür, dass ein Generationenkonflikt entstehen kann.

Ein weiterer Faktor, der dazu geführt hat, dass die Rentenkassen immer wacklicher wurden, sind die sogenannten versicherungsfremden Leistungen. Häufig, wenn eine Regierung ein kleines „Wahlgeschenk“ benötigte, wurde das aus den Rentenkassen bezahlt. Nach Expertenschätzungen sollen bis zu 870 Milliarden Euro auf diesem Wege aus den Rentenkassen abgezweigt worden sein. So wurde vermieden, dass etwa Steuern für das Kapital erhöht wurden. Viele dieser versicherungsfremden Leistungen

Es wird rumgeschachert, Geld und Abgaben werden hin- und hergeschoben und im Zweifel werden diejenigen bezahlen, die entweder ihr Leben lang gearbeitet haben oder es noch tun werden.

waren durchaus sinnvoll, wie z.B. die Mütterrente oder die Grundrente. Aber sie hätten ehrlich und offen finanziert werden müssen. Da war die Abwälzung der Lasten auf die Rentenversicherung bequem. So konnte man als Politiker als „Wohltäter“ auftreten, ohne jede Verantwortung zu übernehmen. Andernfalls hätte man eben über Steuererhöhungen für die Reichen reden müssen. Man hätte sie auch endlich für ihre Plünderung der Rentenkassen im Ersten und Zweiten Weltkrieg verantwortlich machen können. Doch das Kapital wird geschont und gepampert.

Umverteilen von wo nach wo?

Diejenigen Kapitalvertreter, die heute nach höherem Renteneintrittsalter und niedrigeren Renten schreien und

damit angeblich die Interessen der jungen Generation gegen die alten verteidigen sind es auch, die die höhere Besteuerung von Reichen strikt ablehnen. Um von der unbequemen Wahrheit abzulenken, dass die eigentliche Umverteilung gar nicht stattfindet, sondern das Geld nur unter denjenigen, die im Vergleich zu den Superreichen lachhafte Einkünfte haben, hin- und hergeschoben wird, werden stattdessen Junge und Alte gegeneinandergehetzt. So hat man „Schuldige“ für die Misere der Sozialkassen: Die Alten sind zu teuer, die Jungen sind zu faul. Es gibt also in der Realität keinen Generationenkonflikt. Stattdessen gibt es den Konflikt zwischen der Arbeiterklasse und allen arbeitenden Menschen auf der einen Seite und dem Kapital auf der anderen Seite. Das Kapital will zwar die Arbeitskraft der Menschen ausbeu-

ten und ihre Gesundheit verschleifen, aber möglichst wenig dafür zahlen. Die Sozialversicherung als ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung war für das Kapital schon immer eine „Last“, die man gerne ganz los hätte. Darum werden Renten- wie Krankenversicherung immer wieder angegriffen, die Leistungen reduziert und die Betroffenen noch gegeneinandergehetzt. Darum wird jede Krise, die das Kapital verursacht, genutzt, um Sozialabbau zu fordern. Doch ob jung oder alt, wir alle müssen viele Jahrzehnte in die Sozialkassen einzahlen, um immer weniger Leistungen zu erhalten. Statt uns spalten zu lassen, müssen wir fordern, dass die Nutznießer der Ausbeutung auch für die gesundheitlichen Schäden und eine Absicherung im Alter aufkommen.

Von Agenda 2010 zu Agenda 2030

Ein Rückblick auf das, was uns blüht

Die Rufe der letzten Jahre für eine Agenda 2030 werden mit dem Ausruf des Herbsts der Reformen und den damit einhergehenden Angriffen auf die Arbeiterklasse nun konkret.

Vizekanzler Lars Kingbeil nahm dabei selbst Bezug auf die Agenda 2010: „Schröder hat mutige Reformen angepackt“, sagte er der Zeit. „Auch heute brauchen wir umfassende Reformen, damit unser Sozialstaat stark, aber auch bezahlbar bleibt und besser funktioniert“. Diese Worte dürfen als Warnung verstanden werden, denn der Blick zurück auf die Agenda 2010 zeichnet ein bitteres Bild davon, was in nur wenigen Wochen und Monaten gegen uns aufgezogen wird.

Was uns die Agenda 2010 brachte

Blicken wir zurück: Unter der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) wurde Anfang der 2000er Jahre eine Serie an Reformen durchgezogen, die als für die Modernisierung des Sozialstaates und der Stärkung des Standortes Deutschlands notwendig verkauft wurden. Und so trat der damalige Bundeskanzler am 14.

März 2003 vor den deutschen Bundestag und erklärte unter dem Motto „Mut zum Frieden - Mut zur Veränderung“: „Wir müssen den Mut aufbringen in diesem Land jetzt die Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Europa zu kommen“. Ausgerufen wurden dabei etliche Reformen der Rente, staatlicher Leistungen und des Arbeitsrechts. Das Herzstück der Agenda 2010: Die Hartz-Reformen. „Fördern und Fordern“ hieß es, und heißt es auch heute noch, wenn wir uns nur an die Sondierungsgespräche von CDU und SPD Anfang des Jahres zurück erinnern. Mit der Hartz-IV-Reform wurde die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe als Arbeitslosengeld zusammengelegt und drückte samt massiver Einsparungen die Unterstützung für Arbeitslose auf ein absolutes Existenzminimum. Mit einher gingen sämtliche Maßnahmen, die zur besseren Disziplinierung von Hartz-IV-Empfängern

dienten: Die „Unzumutbarkeit“, die zuvor Arbeitslose davor schützte, nur in Stellen vermittelt zu werden, die mit der vorherigen vergleichbar gewesen ist, wurde faktisch abgeschafft. Somit wurden sie gezwungen, für das Kapital jede Tätigkeit zu verrichten, die zur Profitmaximierung notwendig war. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wurde enorm gesenkt und die Verschärfung von Sanktionen brachte eine permanente Kontrolle jedes Einzelnen durch den Staat mit sich. Mit der Agenda 2010 kamen weitere Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse: Der Kündigungsschutz wurde gelockert, befristete Beschäftigungen wurden durch das eingeführte Teilzeit- und Befristungsgesetz zur Normalität und Minijobs („450-Euro-Jobs“) wurden forciert. Auch die Leiharbeit fand in der Agenda 2010 ihren Höhepunkt: Durch die Einführung der Personal-Service-Agenturen wurden

in der Hartz-I-Reform Agenturen geschaffen, die unter Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose als Leiharbeiter vermittelten. Durch die Rentenreformen wurde das Rentenalter erhöht und Kranken- und Pflegeversicherungen wurden so umgewälzt, dass Versicherte immer mehr Zusatzbeiträge bezahlen mussten. Die Folgen der Agenda 2010 spüren wir bis heute: Deutschland entwickelte sich zu einem Niedriglohnland, in dem heute noch rund jeder Fünfte im Niedriglohnsektor arbeitet. Die Schere zwischen Arm und Reich ging weiter auseinander, damit das deutsche Kapital konkurrenzfähig bleiben konnte.

Wieso das Ganze?

Hinter dem, was uns oft als Lebenswerk von Gerhard Schröder höchstpersönlich dargestellt wird, steckte die brutale Durchsetzung der Interessen der deutschen Monopole, um den Standort Deutschlands für sie profitabel zu machen. Bereits die im Jahre 2000 auf dem Sondergipfel der europäischen Staaten beschlossene „Lissabon-Strategie“ hatte sich zum Ziel gesetzt, die Europäische Union innerhalb von zehn Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, um auf dem Weltmarkt mit Ländern wie der USA und Japan konkurrieren zu können. Darin galt es für Deutschland gegenüber den anderen europäischen Ländern eine Vorbilds- und Führungsrolle einzunehmen - was in der Agenda 2010 seine konkrete Angriffsform annahm. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in den Jahren nach der „Wiedervereinigung“ und der wirtschaftlichen Stagnation Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre lag Deutschlands BIP unter dem europäischen Durchschnitt und Deutschland haftete das Label des „kranken

Mannes in Europa“ an, den die Agenda 2010 wieder auf die Beine brachte. Die Rufe zur sogenannten „Flexibilisierung“ des deutschen Arbeitsmarktes wurden lauter, um den Standort für die Ausbeutung der Arbeitskräfte und durch niedrigere Steuern und Bürokratieabbau für die Konzerne attraktiv zu machen. Während andere europäische Länder, insbesondere in Osteuropa, zu diesem Zeitpunkt bereits massive Lohndrückerei und Reformen umsetzten und dadurch profitbringer produziert werden konnte, galt es für Deutschland, nun endlich nachzuziehen. Vor diesem Hintergrund wurde im August 2002 von der einberufenen „Hartz-Kommission“ unter Vorsitz des damaligen Personalvorstandes der Volkswagen AG, Peter Hartz, Vorschläge für eine Reform erarbeitet, wie die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland „effizienter“ gestaltet werden könne. Diese wurden in vier Phasen (Hartz I bis VI) in den darauffolgenden Jahren durch die Bundesregierung umgesetzt. Die Einberufung dieser Kommission und die Durchsetzung der Reformen sind also nicht einfach vom Himmel gefallen - ihnen gingen jahrelange Forderungen seitens dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Gesamtmetall und weiteren Wirtschaftsverbänden voraus. Bereits im Jahre 2000 forderte der BDI in einer Pressemitteilung zum Wirtschaftsbericht 2000 Reformen zur Unternehmensbesteuerung und beklagte, dass der Sozialstaat so nicht mehr zu tragen sei. Auch das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, bestehend aus Gewerkschaften und Arbeitgeberver-

bänden, kamen sozialpartnerschaftlich zu dem Ergebnis: Es brauche flexible Arbeitszeiten, Steuersenkungen für Unternehmen und eine drastische Senkung der Lohnnebenkosten. Ein Gesamtreformkonzept des BDI folgte, welches Anfang des Jahres 2003 vorgeschlagen und im September 2003 auf einem Kongress von Politikern und Konzernchefs unter dem Motto „Freiheit wagen - Fesseln sprengen“ verabschiedet wurde. In diesem wurde nochmals dringlichst appelliert, auf das „Reformtempo“ zu drücken. Somit waren die Forderungen des Kapitals an die Bundesregierung deutlich gestellt worden - und diese reagierte ohne Zögern.

Der Herbst der Reformen

Heute stehen wir vor einem ähnlichen Spiel: Erneut wurde eine Kommission unter dem Namen „Kommission zur Sozialstaatsreform“ einberufen, die beauftragt wurde, bis Ende des Jahres konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie staatliche Leistungen „modernisiert“ und die Bürokratie für Konzerne abgebaut werden kann. Der Druck seitens des deutschen Kapitals auf die Bundesregierung wächst. Mit dem Herbst der Reformen sind etliche Gesetze und eine „Sanierung des Bundeshaushaltes“ geplant, um den Konzernen einen nährhaften Boden zu bereiten. Die Reformen, die umgesetzt werden sollen, haben für die Arbeiterklasse nichts übrig, sondern stehen allein im Dienste des Kapitals. Die Rechnung dafür zahlen werden die Arbeiter, Frauen, Rentner, Arbeitslose und die Jugend. Und so können es nur diese sein, die sich organisiert dagegen zur Wehr setzen müssen.

Kein Zufall?

Serien wie „Frauentausch“ (siehe Bild), die hauptsächlich Witze auf Kosten von Geringverdienern und Arbeitslosen machen, erhielten ausgerechnet kurz nach den Hartz-Reformen in großem Stil Sendezeit.

Aufmerksame Zuschauer werden merken, wie regelmäßig die Faulheit der Charaktere Thema ist - mit dem sogenannten „Assi-TV“ ging das perfekte Klischee des Sozialschmarotzers ins kollektive Gedächtnis ein.



Quelle:
Screenshot RTL2

Drohnen über Europa

„Here we go!“

Mit dieser Antwort ist US-Präsident Trump vor einigen Wochen den Drohnen über dem polnischen Luftraum auf seiner Online-Plattform Truth Social begegnet.

Was genau er meint, mag zwar offen für Interpretationen sein, trotzdem deutet er aber ziemlich klar darauf hin, dass die vielen Drohnensichtungen über dem EU-Raum Teil einer neuen Eskalation sind. Wie genau sie zu erklären sind, darauf werden in den Medien verschiedene Antworten gegeben, aber mit einem gemeinsamen Grundkonsens: Es braucht weitere Aufrüstung.

In den vergangenen Wochen wurden in mehreren NATO-Ländern Drohnen über dem Luftraum gemeldet: In Polen, Rumänien, Norwegen, Estland, Lettland und nicht zuletzt in Schweden und Dänemark. Besonders die Vorfälle in Polen und Estland haben dabei international für Aufruhr gesorgt und beide Staaten haben mit einem Abstand von wenigen Tagen Artikel 4 des NATO-Vertrags aktiviert – seit der Gründung der NATO geschah dies bis dahin nur 7 Mal. Artikel 4 sieht Beratungen vor, wenn sich ein NATO-Staat von außen gefährdet sieht. In eigentlich allen Fällen wurde mehr oder weniger endgültig vom Einsatz von russischen Drohnen gesprochen, so auch in Polen und auch Bundeskanzler Merz äußerte entschlossen: „Die Bundesregierung verurteilt dieses aggressive russische Vorgehen auf das Schärfste. [...] Die NATO ist und bleibt verteidigungsbereit.“ Bezogen wurde sich dabei überwiegend auf ein Foto eines Hauses im polnischen Dorf Wyryki, welches nach einem vermeintlichen russischen Drohnenangriff beschädigt war. Knapp eine Woche später stellte sich heraus, dass das besagte Haus durch die Rakete eines westlichen Kampffjets zerstört wurde – medial fand dies dann aber kaum mehr Raum.

Dieser einzelne Vorfall verkörpert aktuell exemplarisch sehr treffend, wie um die Drohnen diskutiert wird und wie sie zum Einsatz kommen. In den meisten Fällen sprechen NATO und EU

direkt von russischen Drohnen, dieser Vorwurf wird von russischer Seite trocken abgewiesen. Es steht also „Aussage gegen Aussage“ und klar ist, dass aber keine der beteiligten oder sich beteiligenden Seiten ein wirkliches Interesse daran hat, die Wahrheit aufzudecken. Es gibt Gründe dafür, dass es sich um russische Drohnen handeln könnte, das Austesten bzw. Ausspielen verschiedener Kräfte im NATO-Block gegeneinander aber auch das Austesten der Grenzen der Ostflanke und der



Die Bilder des beschädigten Hauses in Polen gingen um die Welt. Quelle: NEXTA_TV auf X (Screenshot)

militärischen Reaktionsfähigkeit fallen darunter. Gleichzeitig bestätigt der Blick in die Geschichte (Vietnam, Irak usw.): „Als erstes stirbt die Wahrheit“ – Manipulation und Falschdarstellung sind fester Bestandteil der Kriegspolitik und historisch oft entscheidend gewesen, um neue Eskalationen einzuleiten. Auch ist offensichtlich, dass die russische Armee angesichts ihrer Aufstellung dem Kriegsbeginn durch NATO-Seite militärisch nicht ausrei-

chend antworten kann. Es gibt also auch Gründe dafür, eben nicht von russischen Drohnen auszugehen. In vielen Fällen könnte es sich genau so gut um Drohnen aus Privatbesitz handeln – allein in Deutschland gibt es über 385.000(!) von ihnen. Solange keine unabhängigen Ermittlungen durchgeführt werden, kann die Frage nicht mit einem finalen ja oder nein beantwortet werden. Was allerdings klar benannt werden kann, ist, worauf die Diskussionen und verschiedenen Interventionen – besonders der NATO-Staaten – zeigen.

Die NATO hat jüngst einen Einsatz zur Stärkung der Ostflanke verkündet. Deutschland verkündet den Bau eines Drohnenabwehrzentrums. In allen Ländern werden die Kriegstrommeln weiter gerührt. So wird die aktuelle Eskalation auch gezielt eingesetzt, um die verschiedenen deutschen NATO-Manöver wie Red Storm Bravo oder Quadriga 2025 in der Bevölkerung zu rechtfertigen oder gar gut zu heißen. Die Verhandlungen zwischen den USA und Russland im Sommer haben nun endgültig zu keinem genügenden Einverständnis zwischen den verschiedenen Seiten geführt und so muss der Versuch von Diplomatie wieder aggressiveren „Lösungen“ weichen.

Auch wird die neue Art der Kriegsführung – unter der zum Beispiel der traditionelle Panzer teilweise weniger anrichtet als eine kleine Drohne für wenige tausend Dollar – deutlich. Ebenso deutlich wird auch, dass sich imperialistische Mächte wie Deutschland dieser neuen Form nicht genügend gewappnet sehen und schnellstmöglichen Nachholbedarf haben. Dafür wird neben der notwendigen Technologie und Forschung vor allem ein stärkerer Rückhalt in der Bevölkerung gebraucht und dieser soll gezielt auf Angst und Sorgen wachsen.



IMPERIALISTEN PLANEN ÜBERNAHME GAZAS

Zwischen dem 23. und 29. September fand die Generaldebatte der UNO in New York statt. Das beherrschende Thema war der Völkermord in Gaza. Ins Auge stechen vor allem der 21-Punkte-Plan Trumps „für Frieden im Nahen Osten“, die Rede Netanjahus und die Rede des deutschen Außenministers, Johann Wadephul.

Der 21-Punkte-Plan

Der 21-Punkte-Plan, der unter anderem von Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien und der Türkei ausgearbeitet wurde, sieht keinen eigenständigen palästinensischen Staat vor. Und so entscheidet eine Handvoll von Staaten über das Schicksal des palästinensischen Volks hinweg. In dem Dokument heißt es dazu, dass man die Interessen Israels als auch seiner Nachbarstaaten berücksichtigen würde. Die Interessen des palästinensischen Volks finden kein Gehör. Es heißt weiter, dass eine Übergangsregierung von palästinensischen Technokraten den Gazastreifen nach Abzug der Hamas und des israelischen Militärs sowie der Befreiung von allen verbliebenen Geiseln verwalten soll. Eine Übergangsregierung, die unter Aufsicht eines internationalen Gremiums stehen soll, das von den USA in Abstimmung mit arabischen und europäischen Partnern eingerichtet wird. Welche Interessen das Gremium verfolgt, wird im Plan offenbart: Zum einen soll ein Wirtschaftsplan erstellt werden zum Wiederaufbau des Gazastreifens, der die bereits bestehenden Pläne zur Anziehung von Investitionen berücksichtigt. Außerdem soll eine Wirtschaftszone eingerichtet werden. Hier liegt der Hund begraben. Während eine Marionettenregierung von Technokraten installiert wird, überlegen sich die USA zusammen mit ihren wichtigsten europäischen und arabischen Verbündeten, wie sie Gaza unter sich aufteilen können. Dabei liegt ein palästinensischer Staat, in dem das palästinensische Volk über sein eigenes Schicksal entscheidet, in weiter Ferne.

„Wir bringen unseren Job zu Ende und zwar schnell“

Das Gespräch zwischen Netanjahu und Donald Trump steht noch aus, bei dem beide über den 21-Punkte-Plan sprechen wollen. Angesichts der Proteste weltweit und in Israel selbst, durch die Netanjahu und seine Regierung massiv unter Druck stehen, ist nicht auszuschließen, dass die Umsetzung des 21-Punkte-Plans Aussicht auf Erfolg hat. Am Freitag hatte Netanjahu bereits seine Rede vor der UN-Vollversammlung gehalten. Zuvor hatten Delegationen im Protest den Saal verlassen. Netanjahu begann seine Rede damit, wie erfolgreich die IDF gegen die „Achse des Terrors“ bereits vorgegangen sei. Nacheinander hakt er rot markierte Felder auf einer Landkarte ab. Darunter Gaza, Syrien, Irak und der Iran. Man habe im Iran einen „fundamentalen Erfolg“ errungen, indem man das Atombombenprogramm verhindert habe. Damit führe Israel für die zivilisierte Welt Kriege gegen den Terror. Und das gleiche tue man weiterhin in Gaza. Wie Bundeskanzler Friedrich Merz richtigerweise erkannt habe, mache Israel die „Drecksarbeit“ für alle anderen. In seiner Rede spricht er sich vehement gegen einen palästinensischen Staat aus, setzt die Anerkennung Palästinas mit einer Vernichtung Israels gleich, leugnet den Genozid in Gaza und bezeichnet die nachgewiesene Aushungerung des palästinensischen Volks als „antisemitische Lügen.“

Was wird Deutschland tun?

Zu dem 21-Punkte-Plan, der dem deutschen Kapital ein Kuchenstück verspricht, heißt es von Wadephul: „Wir unterstützen die amerikanische Initiative ausdrücklich. Deutschland wird auf allen Seiten dafür werben, den Vorschlag, den ich im Detail noch nicht kenne, aber wo die Umriss mir sehr gut vertraut sind und der unterstützenswert ist, soweit ich ihn kenne, diesen Vorschlag dann auch umzusetzen.“ Die Umriss, nämlich die Möglichkeit nach einer Wirtschafts- und Handelszone, einem neuen Absatzmarkt, neuen Ressourcen und Investitionsmöglichkeiten für das deutsche Kapital reichen dabei aus, um sich hinter den Plan zu stellen. Hierbei geht es nicht um Frieden und Freiheit des palästinensischen Volkes, sondern um eine Einmischung in seinen eigenen Weg. Es braucht ein sofortiges Ende des Völkermordes und dass sich alle fremden Mächte aus Gaza zurückziehen!

„Während eine Marionettenregierung von Technokraten installiert wird, überlegen sich die USA zusammen mit ihren wichtigsten europäischen und arabischen Verbündeten, wie sie Gaza unter sich aufteilen können.“

100.000 für Gaza geben Hoffnung

Am 27.9. fand in Berlin die größte Demo in Deutschland seit dem Beginn des Völkermordes statt.

Erst als der Demonstrationszug schon eine Stunde unterwegs war verließen die letzten Personen den Ort der Startkundgebung, den Alexanderplatz. Sprechchöre wie „Stop the Genocide“, „Viva Palästina“ und „das ist kein Krieg, das ist ein Genozid“ füllten Berlins Straßen. Banner und Schilder forderten: „Save Gaza“ und „one genocide does not justify another“.

Klare Forderungen des Aufrufs

Der Protest setzte sich von Anfang an das Ziel, unter dem Motto „All Eyes on Gaza“ eine breite Masse auf die Straße zu bringen. Die Forderungen waren klar. So hieß es im Aufruf: „Wir wollen die deutsche Komplizenschaft beenden und gegen die sogenannte Staatsräson auf die Straße gehen! Wir fordern von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag: -Beenden Sie jegliche militärische Kooperation mit Israel. Dazu gehören Import, Export und Transit von Waffen, Munition und anderen Rüstungsgütern. -Nutzen Sie alle zur Verfügung stehenden Mittel, um den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe nach den anerkannten humanitären Prinzipien sowie einen sofortigen und dauerhaften



Waffenstillstand für Gaza zu erreichen. -Setzen Sie sich für ein Ende der seit Jahrzehnten andauernden Vertreibung und der illegalen Besatzung des palästinensischen Gebiets ein. -Unterstützen Sie die internationale Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen und setzen Sie ihre Entscheidungen

vollständig um. -Setzen Sie sich für die Freilassung aller Opfer von Kriegsverbrechen ein, die sich als illegal Inhaftierte zu Tausenden in israelischen Gefängnissen und zu Dutzenden in Geiselhaft in Gaza befinden. -Setzen Sie sich für die Verwirklichung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Palästinenser:innen ein. -Schützen Sie die Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Beenden Sie die Unterdrückung legitimer Proteste und freier Meinungsäußerung der Palästina-solidarischen Bewegung.“

Ein großer Kreis mobilisierte

Vor wenigen Monaten wurde der Aufruf zur Kundgebung zunächst von einem kleinen Initiatorenkreis verbreitet. Als veranstaltende Organisationen traten zudem die Palästinensische Gemeinde Deutschland, eye4palestine, Amnesty



International Deutschland und medico international auf. Dies hatte Erfolg: Hunderte Personen und Organisationen unterzeichneten den Aufruf. In dem Vorhaben, ein möglichst breites Bündnis zu schaffen, das auch Akteure umfassen sollte, die bisher nur zögerlich zu pro-palästinensischen Protesten mobilisiert hatten, bemühte sich der Aufruf auch, verbreitete Vorurteile aus dem Weg zu räumen: "Wir verurteilen alle Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, unabhängig davon, ob sie von israelischen oder palästinensischen Akteur:innen begangen werden." Der Kreis der Aufrufenden wurde unter dem Motto „Zusammen für Gaza“ noch breiter, dieser organisierte zudem eine Demonstration zum Kundgebungsort: Die vollständige Liste umfasst Namen aus der palästinensischen Community wie Jules El-Khatib (Hochschuldozent) und Amal Hamad (Vorsitzende Deutsch-Palästinensischer Frauenverein), aber auch Politiker wie Özlem Demirel (MdB, Die Linke Düsseldorf) und Ines Schwerdtner (Parteiliche, Die Linke) und Personen wie Deborah Feldman (Schriftstellerin) und Marcus Staiger (Journalist und Autor) und Yusuf As (Vorsitzender des Bundesmigrationsausschusses von ver.di). Zudem spielten bei der Kundgebung Künstler wie K.I.Z., Pashanim; PTK und OG LU.

Wende in der Linkspartei?

Die Beteiligung und Anwesenheit der Partei Die Linke wurde kontrovers wahrgenommen. Teilnehmer erzählten uns einerseits von ihrer Hoffnung, dass die Partei zukünftig eine konsequente Haltung gegen Israels Kriegstreiberei einnehmen wird und die Forderung des Stopps der Waffenlieferungen in den Bundestag tragen wird. Andererseits sind viele Wähler der Linken enttäuscht und desillusioniert in ihrer Hoffnung, dass die Partei die Lösung für die aktuellen Entwicklungen und Probleme bieten kann.



Viele Reden der Organisatoren gingen auch über den Protest gegen den Völkermord hinaus und zu einem grundlegenden Kritik gegen die Logik von Kriegen und die Interessen der Konzerne und besonders der Waffenindustrie über. In den Redebeiträgen der Organisatoren wurde immer wieder auf die Menschenrechte und das Völkerrecht gepocht und Deutschlands Rolle als zweitgrößter Waffenlieferant und Verbündeter Israels betont.

Besonders lauten Applaus gab es für die Redner und Mitorganisatoren der „Global Sumud Flottilla“, die Flotte aus Segelbooten die sich gerade mit Hilfsgütern auf dem Weg zum Gaza-Streifen befindet. Jeden Tag sterben in Gaza im Schnitt 28 Kinder (Unicef), das entspricht einer Schulklasse, erzählen sie. Aus diesem Grund versuchen sie Hilfsgüter dorthin zu bringen, weil die internationale Staatengemeinschaft diese notwendige Hilfe nicht leistet. Trotz mehrerer Drohnenangriffen, Einschüchterungen und Diffamierungen reisen die Aktivisten unerschrocken weiter.

Auch das Thema Antisemitismus wurde viel von den Rednern aufgegriffen. Seit zwei Jahren müssen alle palästina-solidarischen Proteste sich den Vorwurf des Antisemitismus anhören und jüdische Menschen werden von Politik und Medien instrumentalisiert, um das Leid der Palästinenser unsichtbar zu machen oder zu legitimieren. Mehrere Reden beklagten, wie die Interessen der Palästinenser in Deutschland gegen die der jüdischen Bevölkerung ausgespielt werden und die Spaltung immer weiter verschärft wird. Doch die Redner und Demonstranten stellten klar: Die Völker haben ein gemeinsames Interesse an Frieden!

Protestierende schöpfen Hoffnung

Die Größe der Demo überwältigte auch die Teilnehmer selbst. In Gesprächen wurde klar, dass die Situation in Gaza nicht mehr mit anzusehen ist. So sagt eine Mutter mit Kind: "Wenn ich von dem Leid der Kinder und ihrer Mütter in Gaza lese, dann könnte ich wirklich nur noch heulen. Deswegen bin ich hier, um wenigstens irgendwas zu tun."

Auch Frustration darüber, dass die Proteste in Deutschland bisher noch nicht so groß sind, ist zu spüren: „Wir sind aus dem

Süden hierhergefahren,“ erzählt uns eine Teilnehmerin. „Bei uns gibt es keine Demos, ich habe das Gefühl, die Deutschen haben kein Rückgrat.“ Doch für alle scheint sich der Protest wie ein Hoffnungsschimmer anzufühlen. Eine junge Frau sagt uns: „Es ist sehr gut zu sehen, dass die Bewegung wächst.“ Ein älterer Herr sagt uns: „Hoffentlich wird diese Demo hier ein klares Signal, Deutschland verliert ja das Ansehen in der Welt.“

Viel wird sich auf die großen Proteste in Italien mit 700.000 Teilnehmern als Vorbild bezogen. Auch die Massenproteste in Frankreich sind ein Vorbild für die Teilnehmer, viele wünschen sich auch größere und breitere Proteste gegen Völkermord und Krieg hier in Deutschland. Die Teilnehmer äußerten in Gesprächen, dass sie immer noch darauf hoffen, die deutsche Regierung wird ihre Unterstützung für den Völkermord beenden wird. Einig sind sich alle: Es braucht noch mehr Druck von unten. Diese Demo zeigt, dass mehr Kampfbereitschaft da ist als bis jetzt erwartet.

Eine so große Demo gegen den Völkermord wie am 27.9. gab es in den letzten zwei Jahren und auch davor noch nicht in diesem Land. Hier kamen Jugendliche und ältere Menschen, Familien und verschiedenste Organisationen zusammen und zogen lautstark und entschlossen durch die Straßen. Die steigende Bereitschaft für Frieden und gegen Waffenlieferungen auf die Straße zu gehen zeigt uns, dass immer weniger Menschen bereit sind die Entwicklungen im Nahen Osten und der Welt hinzunehmen.

Italien: 700.000 streiken, blockieren und demonstrieren für Gaza

Am 22. September gingen in Italien über 700.000 Menschen auf die Straße, um den Völkermord am palästinensischen Volk zu stoppen. Es war eine der größten Protestaktionen in Europa seit Beginn des aktuellen Krieges gegen Gaza. Die Proteste forderten, alle Beziehungen zum Terrorstaat Israel abubrechen und richteten sich gegen die Komplizenschaft der italienischen Regierung. Der ausgerufen Generalstreik führte dazu, dass Teile des Landes lahmgelegt waren.



Wie kürzlich auch in Frankreich gegen die Kürzungen wurde aufgerufen, alles lahmzulegen: Häfen wurden blockiert, unter anderem in Genua, Livorno und Venedig, sowie öffentlicher Verkehr und Bahnhöfe, unter anderem in Mailand, Rom und Neapel, und Autobahnkreuzungen von Turin nach Mailand und Florenz nach Bologna. Trotz des neuen Sicherheitsgesetzes, gegen das Anfang des Jahres tausende demonstrierten, weil es Protest kriminalisiert und u.a. Blockaden als Straftaten wertet, wurden Schulen und Universitäten blockiert. Das Bildungsministerium bestätigte zudem, dass auch Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen streikten. Die Kriegsindustrie und der Kriegstransport wurden verlangsamt, vor den Niederlassungen des italienischen Rüstungskonzerns Leonardo gab es Mahnwachen. Die Polizei versuchte mit Tränengas, Wasserwerfern und Angriffen, die Proteste zu verhindern, aber die Demonstranten wehrten sich lebhaft.



Das neue Wehrdienstgesetz **Ein großer Schritt zur Militarisierung der Jugend**

Die Bundesregierung hat am 27. August den Neuen Wehrdienst beschlossen. Was sagt die Jugend?

Ab dem 1. Januar 2026 soll das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG) in Kraft treten. Ziel ist eine umfassende Wehrerfassung sowie eine personelle Ausstockung vor allem auch durch eine massive Vergrößerung der Reserve. Was heißt das für die Jugend und wie steht sie dazu?

Was ist geplant?

Das Gesetz sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2026 zunächst alle zu ihrem 18. Geburtstag einen Fragebogen zum Interesse und Tauglichkeit für die Bundeswehr erhalten. Für Jungs ist dieser verpflichtend, für alle anderen freiwillig. Geeignete Kandidaten werden anschließend zur Musterung eingeladen. Ab dem 1. Juli 2027 soll die Musterung, also die ärztliche Untersuchung der Wehrtauglichkeit, dann verpflichtend werden, heißt für alle ab dem Jahrgang 2008. Der eigentliche Kern des Neuen Wehrdienst ist jedoch die, dass es zwar zunächst freiwillig bleibt, aber die Möglichkeit hergestellt ist, die Wehrpflicht jederzeit unkompliziert wieder zu aktivieren.

Die Politik zieht es aktuell noch vor, die Jugend mit Angeboten wie überdurchschnittlicher Vergütung, kostenlosem Führerschein, Studienplätze oder ähnlichem zu locken oder sie ideologisch zu überzeugen, dass es jetzt darum gehen würde, „die Demokratie“ oder bei Bedarf austauschbar mit „die Heimat“ zu verteidigen und das Ganze noch als ein Abenteuer, Kameradschaft und Heldentum verspricht. Das sind gerade bei der sich verschlechternden sozialen Lage, geringe Übernahmegarantie, Stellenabbau und schlechtem Lohn, sowie steigender Perspektivlosigkeit für die Jugend vielversprechend klingende Angebote. Sollten die Fragebögen, Musterungen und Bestechungen nicht für die angestrebte personelle Aufstockung von Armee und Reservisten ausreichen, also sich nicht genügend Jugendliche „freiwillig“

bereit erklären, soll die Pflicht eingeführt werden. Mit dem § 2a des neuen Wehrpflichtgesetzes (WPfLG) wird der Bundesregierung die Möglichkeit eingeräumt, die Einberufung zum Grundwehrdienst durch eine Rechtsverordnung anzuordnen. Dies kann auch außerhalb eines Spannungs- oder Verteidigungsfalls geschehen, sofern die sicherheitspolitische Lage einen zügigen personellen Ausbau der Streitkräfte erforderlich macht, der nicht durch freiwillige Meldungen gedeckt werden kann. Für die Aktivierung ist die Zustimmung des Bundestages erforderlich.

Aber auch schon die umfassende Werbekampagne gepaart mit den Lock-Angeboten bei immer schlechteren Aussichten für die Jugend zeigt Wirkung. So steigt die Bewerberzahl seit einigen Jahren und vor einigen Tagen sprach der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, vor der Deutschen Presse-Agentur (dpa), davon, dass die Anzahl an freiwilligen Wehrdienstlern um 15 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sei. Gleichzeitig bleibt die Zahl der Rekrutinnen und Rekruten, die die Ausbildung in der Bundeswehr frühzeitig abbrechen, hoch und liegt bei rund 26 Prozent. Diese Zahlen lassen vermuten, dass nicht wenige Jugendliche, die zur Bundeswehr gehen, dies aufgrund ihrer sozialen Angebote und der Versprechungen durch die Bundeswehr machen, aber dort dann recht schnell merken, dass es nicht so ist wie versprochen. So antwortete auch uns ein Schüler bei einer Straßenumfrage, dass ein Jahr Bundeswehr schon nicht so schlimm sein wird, denn es werde schon nicht genau in der Zeit der Krieg ausbrechen. Dass er, einmal in der Bundeswehr gewesen zur Reserve gehört, d.h. im Kriegsfall dann auch eingezogen werden kann, war ihm nicht bewusst. Dass es beim Neuen Wehrdienst vor allem auch um die Aufstockung der Reserve geht und dass einem zwar vielleicht der Führerschein bezahlt wird, man am Ende aber dann auch an als Kanonenfutter an die Front geschickt wird, wird in der Werbekampagne ja auch nicht an

erster Stelle erwähnt. Denn neben Berufssoldaten fehlt es aktuell vor allem auch an Reservisten, Personen, die nicht im alltäglichen Leben Teil der Bundeswehr sind, aber an der Waffe ausgebildet sind und im Kriegsfall eingezogen werden. Der Bundeswehrprofessor Carlo Masala betonte den Bedarf einer Musterungspflicht besonders ehrlich, als er erklärte, dass im Kriegsfall von den kämpfenden Soldaten „nach sechs Monaten ein Drittel gefallen oder verwundet“

Der Bundeswehrprofessor Carlo Masala betonte den Bedarf einer Musterungspflicht besonders ehrlich, als er erklärte, dass im Kriegsfall von den kämpfenden Soldaten „nach sechs Monaten ein Drittel gefallen oder verwundet“ ist und es daher Material zum „nachschieben“ brauche.

ist und es daher Material um „nachzuschieben“ braucht: Das bedeutet, dass bei Kriegsfall alle, die einen Wehrdienst abgeleistet haben, eingezogen und als Kanonenfutter an die Front geschickt werden können, um die Lücken zu füllen, die die bereits Getöteten oder Verletzten hinterlassen.

Verteidigungsminister Pistorius plant nun zunächst eine Aufstockung auf 260.000 Zeit- und Berufssoldaten an bis 2035. Die Reserve soll von aktuell 100.000 auf 200.000 aufgestockt werden, wobei der Reservistenverband sogar eine Zahl von einer Million Reservisten fordert. Sollte dies nicht mit Freiwilligkeit erreicht werden, soll die Pflicht eingeführt werden. Dass es zunächst bei der „Freiwilligkeit“ bleibt, liegt wahrscheinlich auch daran, dass es an grundlegend nötiger Infrastruktur für eine allgemeingültige Wehrpflicht fehlt. Zudem ist es der Regierung aktuell noch von Vorteil zunächst erstmal den Rückhalt und positiven Bezug der Bundeswehr unter der Jugend zu erhöhen, denn dieser ist in Deutschland traditionell niedrig. Ein

Pflichteinzug, während ein Großteil der Jugend dagegen ist, könnte für die herrschenden nach hinten losgehen, indem sie größere Proteste provozieren könnte und dadurch ein Potential für Antimilitarismus erhöhen würde, wenn sie die Jugend so gegen sich aufbringen würde. Also erstmal eine Gewöhnung der Jugend an den Krieg, Stück für Stück.

Wie steht die Jugend dazu?

Und dies scheint zu Teilen auch aufzugehen. Die Propagandakampagnen, die uns erzählen, die Aufrüstung wäre im Sinne unserer Sicherheit und diene rein zu Verteidigungszwecken, tatsächlich Wirkung zeigen sehen wir in den neuen Meinungsumfragen zur Wehrpflicht. So stimmt inzwischen eine knappe Mehrheit in der Bevölkerung den Aufrüstungsplänen zu und ist für eine Wehrpflicht. Unter Jugendlichen und damit auch die in Zukunft vom Neuen Wehrdienst betroffenen sieht das nochmal anders aus. Eine Studie des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur kommt zu dem Ergebnis, dass 54 Prozent dafür sind, dass es wieder eine Verpflichtung zum Dienst bei der Bundeswehr geben sollte, 40 Prozent meinen dagegen, dass der Wehrdienst freiwillig bleiben sollte. In der Altersgruppe zwischen 18 und 29 dagegen ist nur jeder Dritte (35 Prozent) dafür und eine Mehrheit gegen den verpflichteten Wehrdienst. Die Umfrage stellt dabei allerdings nur die Frage, ob Wehrdienst verpflichtend oder freiwillig sein sollte, nicht aber ob es diesen überhaupt brauche bzw. wie man zu Bundeswehr steht. Das ist auch Ausdruck davon, wie öffentlich über die Wehrpflicht dis-

kutiert wird: Alle scheinen sich einig darin zu sein, dass es mehr Soldaten und einen Ausbau der Bundeswehr brauche. Bezeichnet war für diese Debatte auch die Diskussion bei Lanz zwischen Markus Söder mit dem Juso Otto Ellerbrock (17) unter dem Titel „Wehrdienstdebatte: Söder diskutiert mit junger Generation“. Söder stellt schon zu Beginn fest, dass sie darin übereinstimmen, dass es eine „veränderte außenpolitische Situation als die letzten 30 Jahre“ gebe und nun „Deutschland in Europa nicht nur für die eigene Landesgrenze, sondern für die NATO-Grenze stärkere Verantwortung übernehmen müsse“, da auf die Amerikaner kein Verlass mehr wäre. Die Streitigkeiten zwischen SPD und CDU sind rein oberflächliche Diskussionen um die Form der möglichst raschen und umfassenden Militarisierung, nicht aber ob diese überhaupt richtig ist. In Talkshow geht es ähnlich zu: Die Aufrüstung in Frage zu stellen scheint niemand. Das zeigte sich uns auch in Straßeninterviews, in denen beispielsweise eine Schülerin aus Essen zur Wehrpflicht meinte, „Ich bin gegen die Wehrpflicht“ und als Begründung nannte, dass „jeder das selbst entscheiden sollte, ob er in die Bundeswehr gehen möchte“, sie könnte sich das zwar nicht vorstellen „aber für manche ist es ja vielleicht ihr Traum“ und eine Frage von „Stolz“, für „ihr Land“ zu sterben. Anschließend sagte sie allerdings auch, dass ihrer Meinung nach die Politiker und „ihr Land“ eigentlich nichts für sie machen würden sie auch nicht für diese in den Krieg wollen würde. Andere Befragte waren da durchaus unkritischer, betonten einerseits, dass sie gegen eine Wehrpflicht seien, dies aber aus einem „Freiheitsaspekt“, denn jeder solle selbst entscheiden können. Sie schlugen stattdessen vor, die Bundeswehr attraktiver zu machen für Jugendliche. Trotzdem sind sich große Teile der Jugendlichen schon durch-

aus sehr bewusst darüber, was Krieg für sie bedeuten würde. So sagte uns ein Schüler, dass er die Wehrpflicht verweigern würde, weil er keine Lust habe für irgendwelche Politiker zu sterben und ein anderer betonte, dass er keine Lust habe zu sterben, weil er „das Leben einfach zu sehr liebe“.

Wenn wir uns die Stimmung in der Jugend anschauen können wir nicht von einer Mehrheit sprechen die gegen die Aufrüstung ist aber doch von einer Mehrheit gegen die Wehrpflicht. Daher muss für uns in der Aufklärung und Debatte rund um die Wehrpflicht im Vordergrund stehen, diese als Schritt der Kriegsvorbereitungen zu sehen und diese grundsätzlich in Frage zu stellen.

Wir müssen bei dieser Ablehnung großer Teile der Jugend ansetzen. Denn die meisten wollen selbst nicht den Dienst an der Waffe machen, geschweige denn wirklich kämpfen müssen. Und die eigenen Kinder wollen die meisten dann auch nicht im Krieg sehen.

Auch wenn es keine durch und durch antimilitaristische Position, die die Mehrheit der Jugend, die gegen die Wehrpflicht ist, einnimmt, bietet es uns die Möglichkeit darüber breitere Teile der Jugend gegen die konkreten Aufrüstungspläne der Regierung und des deutschen Kapitals zu mobilisieren und von diesem Punkt aus die Diskussion über die Militarisierung insgesamt und die dahinterstehenden Interessen zu führen.

„Ich bin gegen die Wehrpflicht, weil jeder das selbst entscheiden sollte, ob er in die Bundeswehr gehen möchte. Für mich wäre es nichts, aber für manche ist es ja vielleicht ihr Traum und eine Frage von Stolz, für ihr Land zu sterben.“

Eine Stadt übt den Krieg

Vom 25. bis 29. September fand in Hamburg das Nato-Manöver „Red Storm Bravo“ statt. Fünf Tage lang wurde mit 500 Soldaten der Krieg erprobt: Militärhubschrauber flogen über die ganze Stadt, Kriegsschiffe fuhren durch den Hafen und zusätzlich wurde auch geübt, wie man künftige Friedensproteste brechen kann.

Hamburg soll kriegstüchtig gemacht werden und das bedeutet konkret, dass Hamburg zur Drehscheibe für die NATO werden soll. Die Truppenverlegung in den Osten und Waffenlieferungen im Kriegsfall werden erprobt.

Die ganze Stadt soll Krieg spielen

Mit 500 Soldaten, Polizei, Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, der HPA, der Innenbehörde, Unternehmen wie HHLA, Airbus und Blohm + Voss wurden neben der Bundeswehr auch Bereiche des zivilen Lebens mobil gemacht für die Übung. Der Hamburger Hafen und seine Unternehmen sollen militarisiert werden. Nach dem jüngst die Ankündigung von Rheinmetall-Chef Papperger kam, Blohm + Voss zu einer Schlüsselwerft machen zu wollen, wird deutlich, dass dafür nicht erst auf den Kriegsfall gewartet werden muss.

Kriegsfall heißt Arbeitszwang

Besonders heraus sticht jedoch die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, im Kriegsfall erhält sie durch das „Arbeitssicherstellungsgesetz“ weitreichende Befugnisse, um Menschen zum Dienst zu verpflichten. So sieht das Gesetz vor, dass Männer ab 18 Jahren zu Arbeiten in der Rüstung, Logistik oder Versorgung gezwungen werden, während Frauen in Krankenhäusern und Lazaretten verpflichtet werden sollen.

Arbeitsrechte, wie Kündigungsrechte, können ausgesetzt werden, denn im Kriegsfall ist die herrschende Klasse darauf angewiesen, dass die Arbeiter ihre Arbeit nicht aufgeben dürfen. Das drückt sich ebenfalls darin aus, dass bei Verweigerung Strafen vorgesehen sind, im Zweifel bis zu einem Jahr Freiheitsentzug.

Die Mitarbeitenden der Agentur für Arbeit sind diejenigen, die das Gesetz ausführen müssen. Am Mittwochmorgen vor dem Manöver wurde mit einigen Kolleginnen und Kollegen gesprochen. So stellten viele klar, dass sie sich prinzipiell für den Frieden aussprechen würden, aber die Verteidigungsfähigkeit derzeit wichtig sei, um Putin zu stoppen. Trotz dessen äußerte eine Kollegin Sorge darüber, dass ihre Enkel an die Front müssten. Es zeigte sich auch Resignation gegenüber der Situation. So berichtete ein Mann, der einen Termin beim Arbeitsamt hatte, dass er gegen das Manöver sei, aber Widerstand nichts verändern würde und eine Kriegsbeteiligung notwendig sei, um nicht als Verlierer dazustehen. Ein Kollege äußerte, dass Krieg immer die falsche treffe, und die Politiker dafür verantwortlich gemacht werden müssten.

Zugleich sprachen sich sowohl einige für Frieden und Pazifismus aus, während andere die Aufrüstung lobten, was zeigt, wie gespalten die Belegschaft in einer solchen Frage ist.



Was denkt Hamburg zum Manöver?

Im Zuge des Manövers gab es verschiedene Protestaktionen. Bereits am Donnerstagabend versammelten sich rund 250 Teilnehmende bei einer Kundgebung gegen das Manöver.

Beim Gespräch mit Passanten auf der Veddel, einem Stadtteil, in dem die Militärhubschrauber sehr präsent waren, stellte sich heraus, dass einige Hamburgerinnen und Hamburger nichts vom Manöver mitbekommen hatten. Selbst vor Betrieben, die unmittelbar im Hafen liegen, wie Blohm + Voss, die selbst bald von Rheinmetall übernommen werden sollen, reagierten viele Arbeiter überrascht. In den Schulen wurde das Thema aufgegriffen, um die Schülerinnen und Schüler zu informieren. Auf Protestaktionen reagierten viele positiv. Ein Student äußerte seine Bedenken zur „Kriegsspielerei“ und betonte den provokativen Aspekt dessen. Ein anderer Kollege kritisierte die Öffentlich-Rechtlichen in ihrer Berichterstattung und die hohe Aufrüstung: „Ich glaube nur, dass die da so viel Geld reinpumpen, das läuft alles über Kontakte.“

In Gesprächen mit Passanten in Altona positionierten sich zwei Azubis nicht nur gegen das Manöver, sondern auch gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ein anderer berichtete, er hätte keine Kraft, sich damit zu beschäftigen, er habe nicht einmal genügend Geld zum Essen. Ein anderer Passant sagte, dass er zwar selbst nicht begeistert vom Manöver sei, es jedoch in der momentanen Sicherheitslage notwendig sei. Es gab auch Reaktionen, die wütend wurden, weil der Protest falsch sei und die Verteidigungsfähigkeit heute das Wichtigste sei.

Am Freitagabend fand eine weitere Demonstration gegen das Manöver statt. Unter dem Motto „Keine Kriegsübung in unserer Stadt“ riefen verschiedene Gruppen wie der VVN-BdA Hamburg, die IL Hamburg, die DIDF und die LINKE Hamburg auf. Mit über 2000 Teilnehmenden war es der größte Protest während des Manövers. Auf den Transparenten und Plakaten waren Aussprüche wie „Nicht unser Krieg“ oder „Nein zu Sozialabbau, Aufrüstung und Krieg“ zu lesen. Die Demonstration war von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet, inklusive Wasserwerfern. Passanten berichteten, sie dachten, es hätte sich um eine Übung der Bundeswehr gehandelt, aufgrund der enormen Sicherheitsvorkehrungen. Neben der inszenierten Demonstration zur Übung (siehe Infokasten) schien das Polizeiaufgebot einen Vorgeschmack zu bieten für die Abwehr von Protesten im Kriegsfall.

Am Samstag um 13:00 fand eine weitere Demonstration statt, diesmal unter dem Motto „NEIN zur NATO-Kriegsübung Red Storm Bravo - JA zur zivilen Entwicklung“. Zu den Rednern zählte unter anderem Norman Paech: „Wir wollen keine NATO-Übungen in dieser Stadt, wir wollen Verhandlungen für eine Zukunft, in der auch Russland unser Nachbar sein kann.“ sprach er zu den rund 1000 Demonstranten. Rolf Becker, Schauspieler und Friedensaktivist, sagte, wenn der Militarismus für den nächsten Krieg rüstet, brauche er die Zustimmung der Bevölkerung. Umso wichtiger sei es, dass jeder einzelne „Nein!“ sage. Demonstrantinnen aus der Pfliege riefen: „Krankenpfleger statt Düsenjäger!“

Die Stimmungsmache wirkt

In den Tagen des Manövers zeichnete sich ab, dass sich durchaus Gegenprotest formierte. Vielen Menschen, ganz unterschiedlichen Alters, machte das Manöver Angst. Doch

überwog im Gespräch häufig die Angst vor einem möglichen Kriegsfall und der daraus entstehenden Notwendigkeit zur Verteidigung. Das zeigt, wie die Kriegstreiber Deutschlands die Jugend und die Arbeiterinnen und Arbeiter hinter ihre Politik stellen wollen. Umso wichtiger bleibt es, ihre Lügen zu entlarven und den Protest und die Friedensbewegung zu stärken.

Ein Augenzeugenbericht der Demonstrationsübung

„Auf meinem Nachhauseweg auf der Veddel war ich irritiert von den Helikoptern. Ich wusste zwar, dass die Übung stattfindet, aber nicht, was direkt vor meiner Haustür passiert. Aus Interesse bin ich den Deich raufgegangen und hab gesehen, dass im Hintergrund ein Schauspiel aus Blaulicht stattfand. Ich erwartete, weggeschickt zu werden. Ich konnte aber problemlos dahin, fotografieren und mit den Leuten ins Gespräch kommen.“

Von der Polizei waren fünf bis sechs Mann vor Ort, weitere Streifenfahrzeuge und etwa 30 bis 35 Motorräder, dazu noch diverse Feldjäger. Ich dachte erst, es sei ein richtiger Protest, bis mir wieder eingefallen ist, dass auch einer simuliert wird. Es war ein Schauspiel: Die Polizei war zwar vollständig ausgerüstet, aber die Helme wurden nicht getragen, die Schlagstö-



cke waren nicht im Anschlag, es gab keinerlei Aggressionen. Drum herum standen auch ganz viele Pressevertreter mit Kameras, da wurde sich richtig darüber gefreut, dass man sowas mal ablichten kann. Aber das war kein Zufall, denn die Bundeswehr hat einen Reisebus zur Verfügung gestellt, um die ganzen Journalisten dorthin zu bringen. In den Artikeln am nächsten Tag ging es auch weniger um diese Übung, sondern eher um die wunderbare Kooperation von Polizei und Bundeswehr. Es stellt sich also die Frage, inwiefern diese Übung wirklich einen internen Zweck hatte oder ob es eher ein Signal nach außen senden sollte.

In einem Gespräch mit einem Offizier wurde vor allem die Position vertreten, dass es jetzt gerade erst notwendig sei, so etwas zu üben und dass es notwendig sei in aktuellen Zeiten, denn man sehe ja, was an der Ostflanke passiere und dass die Nato immer wieder von Russland provoziert werde.“



Ein Kampf ohne Forderung

Quelle: Yasin
Hemmati auf Unsplash

Mitte September starteten die Tarifverhandlungen in der nordwestdeutschen und ostdeutschen Stahlindustrie für rund 68.000 Beschäftigte (einzig im Saarland wird ab November verhandelt). Die IG Metall ist ohne bezifferte Lohnforderung in die Verhandlung eingestiegen.

Die Konzerne wollen sich auf Kosten der Beschäftigten besser aufstellen, um die Profite zu steigern.

Wie ist die Lage der Stahlkonzerne?

Die deutsche Stahlproduktion hat sich vor allem auf spezielle Stähle konzentriert, z.B. Autobleche. Doch dadurch befinden sich die deutschen Stahlkonzerne in einer für sie höchst unzufriedenstellenden Lage. Ihre internationale Durchsetzungskraft hat sich in den letzten Jahrzehnten verschlechtert und das wollen sie, trotz laufender Gewinne, auf Kosten der Beschäftigten ändern und ihre Position auf dem Rücken der Arbeiter verbessern.

Die Ursachen für die angespannte Lage der deutschen Stahlindustrie sind vielfältig. Steigende weltweite Überkapazitäten der Produktion, die deutsche Bau- sowie Automobilbranche als stark schwächelnde Hauptabnehmer und dann auch noch die US-Regierung, die Druck mit Zöllen auf europäischen Stahl macht. Auch deshalb möchten Vizekanzler und Finanzminister Klingbeil sowie Wirtschaftsministerin Reiche über die Lage der deutschen Stahlkonzerne sprechen. Dafür treffen sie sich mit der IG Metall auf einem Stahlgipfel Anfang Oktober. Es wird auch darum gehen, wie man Stahlkonzern am besten mit Steuergeldern aus den Taschen der Arbeiter subventioniert.

Die Unternehmen haben aus den genannten Gründen ein starkes Interesse, die Tarifverhandlungen vor dem Stahlgipfel zu beenden und die Löhne der Beschäftigten möglichst stark nach

unten zu drücken, um eine vorteilhafte Lage gegenüber den internationalen Konkurrenten zu erlangen.

Welche Rolle spielt die Forderung?

Die IG Metall ordnet sich mit ihrer Forderung in eine Atmosphäre des Verzichts ein. Verzicht der Arbeiterklasse im Sinne der Profite und der vermeintlichen Konkurrenzfähigkeit. In den Mainstream-Medien wird den Arbeitern bei jeder Möglichkeit erklärt, warum man sich die Rente, das Gesundheitssystem, den Sozialstaat im Allgemeinen nicht leisten könne – ganz im Sinne der „Herbstreformen“. Wir sollen darauf eingestellt werden, dass die Regierung Milliarden an Steuergeldern in die Konzerne und in Kriegsgesetz stecken wird, um ihre Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen und den Einfluss und Absatz deutscher Konzerne zu bewahren. Es wird eine breite Offensive vorbereitet und wir sollen uns unterordnen. Das ist im Sinne einer Forderung umso einfacher, wenn von Anfang an keine Zahl existiert, die man verfehlen kann.

„WIR POCHEN AUF PROZENTE“ titelt das Flugblatt der IGM nach der zweiten nordwestdeutschen Verhandlungsrunde. Doch die Verhandlungsführer der IG Metall brauchen sich nicht zu wundern, dass das Angebot der Arbeitgeber bei 0% liegt und lediglich Einmalzahlungen, jeweils 250€ am 1. Januar und 1. Juni 2026, beinhaltet. Das ist vorauszu sehen, wenn im Vorfeld keine bezifferte Forderung gestellt wird.

Doch wie sieht die Forderung eigentlich

aus? Die IG Metall fordert Arbeitsplatzsicherung, Reallohnsicherung und abgesicherte, gute Ausbildung

Allerdings ist die Tariffkommission ohne Ziffer in die Verhandlungen eingetreten. Dem voran gehen Jahre der Angstmacherei um die Arbeitsplätze in der Stahlbranche. Bereits für den Industriestrompreis spannte die IG Metall die Beschäftigten hinter die Interessen des Kapitals unter dem Deckmantel der Beschäftigungssicherung. Es ist also nachvollziehbar, dass die Beschäftigten sich in Sicherheit wiegen wollen. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Arbeitgeber alle Abkommen mit den Gewerkschaften verwerfen, sobald es in ihrem Interesse steht. So war es auch letztes Jahr bei VW zu sehen. Thyssenkrupp Steel zum Beispiel hat bereits eine „Sanierung“ angekündigt, bei der 11.000 Stellen gestrichen werden. Und auch die Reallohnsicherung wurde in den letzten Jahren in diversen Tarifrunden nur durch Schönrechnerei erreicht.

Das zeigt auch die dritte Verhandlung im Nordwestdeutschen Tarifgebiet am 23. September:

- Die Arbeitgeber bieten 1,2%, drei Null-Monate und 16 Monate Laufzeit.
- Die IG Metall verlangt 2%, 300 Euro Einmalzahlung, außer in „kriselnden Unternehmen“ (alle Unternehmen behaupten es kriselt) und 12 Monate Laufzeit.

Am Ende werden sie sich dazwischen treffen, dabei liegen 2% (ohne Null-Monate) bereits unterhalb der Reallohnsicherung. Auch die Jugend hat bis dato keine Rolle in den Verhandlungen gespielt. Am 30. September findet die nächste Verhandlung für den Nordwesten statt. Einen Tag vor dem Ende der Friedenspflicht.

Die Aussicht

Die Verhandlungen der Stahlbranche stehen kurz vor dem Ende. Die Tarifparteien haben sich in ihren Angeboten bereits angenähert. Wenn die Arbeitgeber und die IG Metall sich geeinigt haben, werden wir den Abschluss noch einmal beleuchten (siehe dazu arbeit-zukunft.de).

Doch die laufende Tarifrunde bietet auch einen Ausblick auf andere Tarifrunden z.B. die der Metall- und Elektroindustrie. Und auch in der Stahlbranche werden weitere Kämpfe auf die Belegschaften zukommen, in denen sie ihre Arbeitsplätze verteidigen müssen. Die Unternehmen werden weiterhin versuchen, sich auf Kosten der Arbeiter

einen Vorteil in der internationalen Konkurrenz zu verschaffen und gegen diese Angriffe gilt es sich zu verteidigen.

Deshalb ist es wichtig, die Taktik der Stahlkonzerne zu entlarven. Mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb offen die Angriffe zu bewerten und dies in die Diskussionen der Tarifkommissionen zu tragen. Ganz klar die unterwürfige Position der „Reallohnsicherung“ zu kritisieren und stattdessen eine deutliche Reallohnsteigerung inklusive Arbeitszeitverkürzung zu fordern. Am Ende bringt es uns nichts, zu verzichten, um die Position der deutschen Konzerne zu stärken. Die Unternehmen werden keine Arbeitsplätze erhalten,

wenn wir auf Reallohnsteigerungen verzichten. Ganz im Gegenteil, sie haben bereits Pläne, wie sie die, die ihren Job verlieren, in der Waffen- und Kriegsproduktion einsetzen – in der wir noch schärfer ausgebeutet werden können, weil gewerkschaftliche und Mitbestimmungsrechte eingeschränkt sind und die uns am Ende das Leben kosten wird.

Umso wichtiger ist es, unter den Kolleginnen und Kollegen diesen Zusammenhang aufzuzeigen und deutlich zu machen: Was wir brauchen ist Solidarität untereinander und Kampfbereitschaft - nicht Verzicht!

Trotz Gegenwehr: Betriebsrat erfolgreich gegründet

In dem Betrieb arbeiten insgesamt knapp 280 Beschäftigte, überwiegend Frauen, die viele verschiedene Sprachen sprechen. Ein hoher Anteil der Beschäftigten hat einen Migrationshintergrund, wie so oft in der Reinigungsbranche. Dementsprechend muss man das bei der Kandidatensuche und der gewerkschaftlichen Organisation beachten. Von Vorteil ist es bei so einer BR-Gründung, wenn man aus den vielfältigen Sprachen auch Aktivisten oder Kandidaten hat. Wir konnten mit beteiligten Kolleginnen und Kollegen sprechen und berichten darüber.

Wie fing alles an?

Eine Kollegin wendet sich an die Gewerkschaft, erzählt über die schlechten Arbeitsbedingungen und die fehlende Wertschätzung durch die Führungskräfte im Betrieb. Dort kommt man sich überein, dass die Kollegin noch weitere Kolleginnen Ihres Vertrauens ansprechen und man daraus dann eine Gruppe bilden sollte, um kollektive Probleme künftig gemeinsam anzugehen. Schnell bildet sich ein Komitee aus fünf Kolleginnen aus dem Betrieb, man entscheidet sich, einen Betriebsrat zu gründen.

Die erste Phase beginnt durch Organisierung

Das Komitee und die Gewerkschaftssekretäre treffen sich kontinuierlich, um nicht aufzufallen außerhalb der Arbeitsstätten, weil man mit Repressionen rechnen kann. In diesen Treffen recherchiert man das Unternehmen, man versucht die Probleme bzw. insbesondere die kollektiven Probleme

In einem Dienstleistungsunternehmen, das in Wuppertal Altenheime reinigt, haben die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Unterstützung der Gewerkschaft IG BAU innerhalb kürzester Zeit erfolgreich einen Betriebsrat gründen können.

der Beschäftigten zu identifizieren. Es wird über die Aufgaben eines Wahlvorstands und eines Betriebsrats und deren Wahl informiert. Es wird abgesprochen, dass erst die gewerkschaftliche Organisation enorm steigen sollte. Aus anfangs acht Organisierten werden schnell knapp 60. Davor wird ausführlich über Notwendigkeit und die Erforderlichkeit einer gewerkschaftlichen Organisation gesprochen, und es gibt immer wieder Verabredungen, wer die Kolleginnen und Kollegen in welchem Altenheimen aktiv auf die Gewerkschaft ansprechen soll. Es wird auch über mögliche Gegenwehr der Geschäftsführung offen gesprochen, um vorbereitet zu sein, wenn Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Zweite Phase: BR-Gründung wird eingeleitet

Nach knapp sechs Wochen entschied man sich nunmehr, die Geschäftsführung über die Einleitung der Betriebsratswahl zu informieren, das übernehmen die Gewerkschaftssekretäre. Somit bleiben Komiteemitglieder weiterhin verdeckt und können weiterhin im Hintergrund gewerkschaftliche Organisation durchführen und Vorbereitungen für die Wahl treffen. Die Führungskräfte versuchen vergeblich, durch einige Einzelgespräche mit Beschäftigten herauszufinden, wer die Gewerkschaft beauftragt hat. Es fallen Aussagen, es hätte schon mal vor langen Jahren einen Versuch mit einer anderen Einzelgewerkschaft gegeben, der scheiterte, das würde nicht klappen, die Beschäftigten hätten keine Probleme, man hätte aber kein Problem damit, wenn es zukünftig einen Betriebsrat gäbe. Die Gewerkschaftsaktivisten haben sich gut vorbereitet und zur ersten Wahlversammlung kommen 60 % der

Belegschaft. Dort wird erfolgreich ein Wahlvorstand gewählt.

Dritte Phase: Aus der Deckung in die Offensive!

Die Geschäftsführung fängt an, Fehler der Wahlvorstandsmitglieder zu suchen. Bei einer Kollegin findet man etwas, es kommt leider zu einem Aufhebungsvertrag. Der Druck der Geschäftsführung gegenüber den Wahlvorstandsmitgliedern steigt. Immer wird versucht, die Wahlvorstandsarbeit zu stören, zu verzögern, fast schon zu verhindern. Der Wahlvorstand muss sogar einen Rechtsanwalt beauftragen, immer kurz vor Gericht lenkt die Geschäftsführung ein. Die Gewerkschaft IG BAU und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Wahlvorstand bleiben stabil. Und auch währenddessen werden immer wieder Kolleginnen von den gewerkschaftlichen Aktiven auf gewerkschaftliche Organisation angesprochen.

Letzte Phase: Betriebsratswahl

Die letzte Vorbereitung der gewerkschaftlichen Aktivisten des Komitees ist, geeignete Kandidaten aus möglichst allen Arbeitsstätten, also aus den verschiedenen Altenheim-Häusern zu finden. Bei der Wahl läuft alles optimal, es gibt eine gute Teilnahme seitens der Arbeiterinnen und Arbeiter, letztendlich gründen die Gewerkschaftsaktivisten mit Unterstützung der Gewerkschaft erfolgreich den Betriebsrat. In einem Zeitraum von nur sechs Monaten hat sich der Betriebsrat gegründet und der gewerkschaftliche Organisationsgrad erhöht sich von anfangs acht auf inzwischen knapp 90. Jetzt fängt eine neue, andere Phase an, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verteidigen, es gibt viel zu tun.

CK

„Wenn Kunst bloß schön aussieht, reduziert sie sich auf Dekoration“

Vom 15. August bis 15. September 2025 hat das Rote Atelier in der maigalerie in Berlin die Ausstellung „Wir sehen rot – Internationale Kämpfe im deutschen Kontext“ ausgerichtet. Wir haben mit einem der Künstler und Veranstalter, Le.Mob, im Interview über die Ausstellung, das Kollektiv und die Rolle von Kunst im Klassenkampf gesprochen.



Was bedeutet das Motto „Wir sehen rot“ für euch?

„Wir sehen Rot“ – dieser Titel beschreibt nicht nur unsere aktuelle Lage, sondern auch unsere Antwort darauf. Wir sehen Rot, weil wir wütend sind. Wir sehen Rot vor Trauer und Entsetzen angesichts dessen, was in der Welt geschieht: angesichts des anhaltenden Genozids in Gaza, angesichts des erstarkenden Faschismus, der nicht nur in Amerika, sondern auch hier in Europa immer offener seine Fratze zeigt.

Doch „Wir sehen Rot“ bedeutet auch Widerstand und Hoffnung. Denn Rot ist nicht nur die Farbe des Zorns, sondern auch die Farbe der Solidarität, die Farbe des Kommunismus, die Farbe der Arbeiterbewegung. Es gibt einen spürbaren Bedarf an revolutionärer und sozialkritischer Kunst. Wenn Kunst sich darauf beschränkt, bloß schön auszusehen, reduziert sie sich auf Dekoration und verfehlt damit ihr eigentliches Potenzial. Kunst muss mehr sein: ein Werkzeug der Kritik, ein Mittel der Aufklärung, ein Anstoß zur Veränderung. Dass dieser Bedarf existiert, zeigte sich auch an unse-

rer Ausstellung. Allein der enorme Andrang zur Eröffnung, die gefüllten Räume und die intensive Auseinandersetzung der Besucherinnen und Besucher mit den Werken haben deutlich gemacht, dass es ein echtes Interesse an Kunst gibt, die nicht schweigt, sondern Stellung bezieht.“

Stellung wurde in der Ausstellung definitiv bezogen. Die Werke reichen von Fotografie von Protesten und Aufständen in der Westsahara und Portrait-Zeichnungen der Protagonisten der internationalen Arbeiterbewegung, wie Rosa Luxemburg oder Angela Davis, über Malerei, die Altersarmut aufgreift, hin zu Plakat-Designs, die auch graphisch zum Kampf gegen Imperialismus und Besatzung aufrufen. Kein Werk verhält sich unparteiisch zum Klassenkampf.

Dieses Wochenende ist das letzte Wochenende der Ausstellung. Was war die Reaktion auf die Ausstellung und das Programm, das ihr auf die Beine gestellt habt? Hattet ihr diese erwartet?

„Uns hat es überwältigt, wie viele Menschen aus ganz Deutschland gekommen sind, um diese Ausstellung zu sehen und am Eröffnungswochenende teilzuhaben. Während der Redebeiträge und Podiumsdiskussionen herrschte eine Stille im Raum, die fast greifbar war. Gleichzeitig war draußen ein lebendiger Austausch zu spüren: Menschen standen mit einer Limo in der Hand zusammen, diskutierten und begeisterten sich an der Kunst.“

Für mich war das ein starker Kontrast zu vielen Ausstellungen, die ich zuvor organisiert habe und die oft nur wenige Besucherinnen und Besucher anzogen. Hier aber war es anders: Man konnte förmlich ein revolutionäres Momentum spüren. Diese Energie, dieses Interesse und diese Begeisterung haben mir persönlich sehr viel Kraft und Zuversicht gegeben.“

Am Eröffnungswochenende bot die Ausstellung viel Raum zum Austausch und Zusammenkommen. Nach einer Eröffnungsrede am Freitag folgte ein Vortrag von Cartoonists for Palestine und am Samstag ein Podium zur Rolle Kulturschaffender in internationalen Kämpfen mit Gestalterinnen Lina und Le.Mob vom Roten Atelier und Olivier David, Vertreter des Theaterkollektivs Staub zu Glitzer. Kreative Beiträge gab es durch eine Lesung von Sanaz Azimipour zu „Literary interventions from revolutionary movements“ sowie Lyrik und Gedichte von kim-chi und „Entrüstet euch - Texts Against War“ vom Kollektiv Papyrus3000. Mit Konzerten von L'île Kemogne, Nia2161 und Rabbibti Atable und Gesang vom Kulturkollektiv Industriepoesie und einem gemeinsamen Arbeiterliedersingen als Abschluss des Wochenendes am Sonntag.

Im Aufruf zur Ausstellung heißt es „Kunst ist eine Form, die Welt zu erkennen und wiederzugeben. Damit ist sie immer auch Ausdruck der herrschenden Verhältnisse – aber zugleich ein Mittel, auf diese einzuwirken.“ Was würdest du sagen ist das Kunstverständnis von euch als Kollektiv und inwiefern unterscheidet es sich vom vorherrschenden Kunstverständnis?

„Die Frage nach dem Kunstverständnis ist ein Thema, über das wir oft diskutieren. Denn jeder bringt da seine eigene Perspektive mit. Es gibt dieses eher „hippiemäßige“ Verständnis, nach dem alles Kunst ist, jedes menschliche Schaffen, jeder Ausdruck. Und dann gibt es die Haltung, wie sie auch Brecht formuliert hat: dass Kunst immer sozialkritisch sein muss, dass sie die herrschenden Verhältnisse in Frage stellt. Laut ihm soll die Kunst seinen Betrachter erziehen und zu einem besseren Menschen formen.“

Für uns als Kollektiv ist das besonders spannend, weil wir keine reine Künstlerinnengruppe sind. Viele von uns arbeiten in Bereichen, die man nicht klassisch als Kunst versteht: als Illustratorinnen, Grafikerinnen oder Designerinnen. Gerade hier wird der Unterschied zwischen Kunst und Design deutlich. Kunst wirft Fragen auf, sie zwingt dazu, etwas zu hinterfragen, während Design meist Antworten liefert: Es vermittelt Wissen, ergänzt Informationen, macht Inhalte zugänglich.

Als rotes Kunstkollektiv bewegen wir uns genau zwischen diesen Polen. Wir gestalten Plakate, Flyer und Materialien für Demos, also Dinge, die informieren und mobilisieren sollen. Gleichzeitig schaffen wir Kunst, die nicht nur dekorativ ist, sondern fordert, irritiert und Fragen stellt und

dabei immer auch sozialistische Gedanken vermittelt. Unser Anspruch ist es, beides zusammenzuführen: Kunst, die fordert, und Gestaltung, die vermittelt.“

Diesen Eingriff in den Klassenkampf sieht man in der ganzen Ausstellung. Ob durch einen Dokumentarfilm über die „6. Konferenz Gewerkschaftlicher Erneuerung“ oder Plakate, die zu Friedensfesten und Protesten am 1. Mai aufrufen.

Gleichzeitig wird die Kunst als Einstieg in eine Auseinandersetzung mit den herrschenden kapitalistischen Widersprüchen genutzt. Wo in bürgerlichen Galerien neben den Werken ein Name, die Maße und der Preis stehen nutzen die Künstler des Roten Ateliers Tafeln neben den Werken, um über ihre Hintergründe aufzuklären und sie einzuordnen. So nutzt Sophie Linde ihre „zwei Bilder ohne Titel“, auf denen in zwei Szenen Mädchen neben den Leichen toter Frauen knien, um über den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg aufzuklären.

Auf einem Plakat-Design des Künstlers IMNX_one sind Friedrich Merz, Robert Häbeck und Olaf Scholz mit durch schwarze Balken zensierte Augen neben dem Spruch „They got money for wars but can't feed the poor – Auf die Straßen gegen ihren Krieg“ abgebildet. Das „can't“ in dem Tupac-Zitat ist scheinbar handschriftlich durchgestrichen und durch „won't“ ersetzt. In der zugehörigen Tafel wird über das Kippen der Schuldenbremse für die Aufrüstung und das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur und Militarisierung informiert. IMNX_one versteht sich als Gestalter und nimmt Aufträge für linke Gruppen und Bewegungen entgegen, um Agitations- und Propagandamaterial zu gestalten.

Nach einer so erfolgreichen Ausstellung, die das Rote Atelier bestimmt bestärkt hat, stellt sich nun die Frage, was danach die Perspektive ist. Gibt es schon nächste Projekte, Anlässe oder Pläne für die Arbeit der roten Künstler und Gestalter?

„Perspektivisch geht unsere Arbeit selbstverständlich wie gewohnt weiter: Wir kümmern uns um Design, beraten in Gestaltungsfragen und integrieren neue Mitglieder. Gleichzeitig ist auch bereits ein neues Kunstprojekt in Planung, über das wir uns intensiv austauschen und konkrete Schritte vorbereiten. Details darf ich leider noch nicht verraten. In den kommenden Wochen wird sich zeigen, wie sich alles herauskristallisiert. Sobald es soweit ist, veröffentlichen wir die Neuigkeiten auf unserer Website und auf Instagram.“

Das Rote Atelier ist auf seiner Homepage rotesatelier.de und auf Instagram @rotesatelier zu finden. Le.Mob ist auf Instagram unter @le.mob zu finden. Vielen Dank für das Interview!

Zur Website:



Allein der enorme Andrang zeigt, dass es ein echtes Interesse an Kunst gibt, die nicht schweigt, sondern Stellung bezieht

Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

